

Landesversammlung 2020

Resolution

der Landesversammlung Mecklenburg-Vorpommern
des FVDZ
am 01.07.2020

Wortlaut der Resolution:

Die Landesversammlung Mecklenburg-Vorpommern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte protestiert aufs Schärfste gegen die Ungleichbehandlung des zahnärztlichen Berufsstandes mit Blick auf alle anderen Berufsgruppen des Gesundheitswesens.

Wir Zahnärzte haben seit Beginn der Corona-Pandemie an vorderster Stelle zur Patientenversorgung beigetragen. Wir haben unsere Praxen trotz widriger Umstände und vieler Unsicherheiten geöffnet gehalten und die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung gewährleistet.

Die durch die Pandemie verursachten Einnahmehausfälle und teilweise massiv gestiegenen Beschaffungskosten für Hygienebedarf und Schutzausrüstungen sollen nun von den Zahnarztpraxen allein geschultert werden – im Gegensatz zu allen anderen Berufsgruppen, die unter einen Rettungsschirm gestellt wurden, der diesen Namen auch verdient.

Aber es geht auch um die Arbeitsplätze von 350.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Zahnarztpraxen, es geht es darum, die für die Patientinnen und Patienten in diesem Land bewährten zahnärztliche Versorgungsstrukturen über den Tag hinaus zu erhalten.

Bundesweit und insbesondere hier in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten wir seit Jahren unermüdlich daran, dieses System aufrechtzuerhalten. Wir versuchen, junge Zahnärztinnen und Zahnärzte für die freiberufliche Niederlassung zu begeistern, und zwar nicht nur in den großen Städten, sondern auch in strukturschwachen Bereichen. Die schon vor der Pandemie angespannte Situation im Bereich der zahnärztlichen Versorgungsstrukturen in den strukturschwachen Gebieten hat sich nun nochmals verschärft.

Vor dem Hintergrund des zugeklappten Rettungsschirmes erwägen ältere Praxisinhaber die vorzeitige Schließung ihrer Praxis, und die Bereitschaft der jungen Kollegen zur Übernahme einer Praxis tendiert gegen Null.

Wir fordern die Achtung und Anerkennung des Berufsstandes und unserer Mitarbeiter sowie die Gleichstellung mit den anderen medizinischen Berufen durch die Politik.

Beschluss: angenommen